

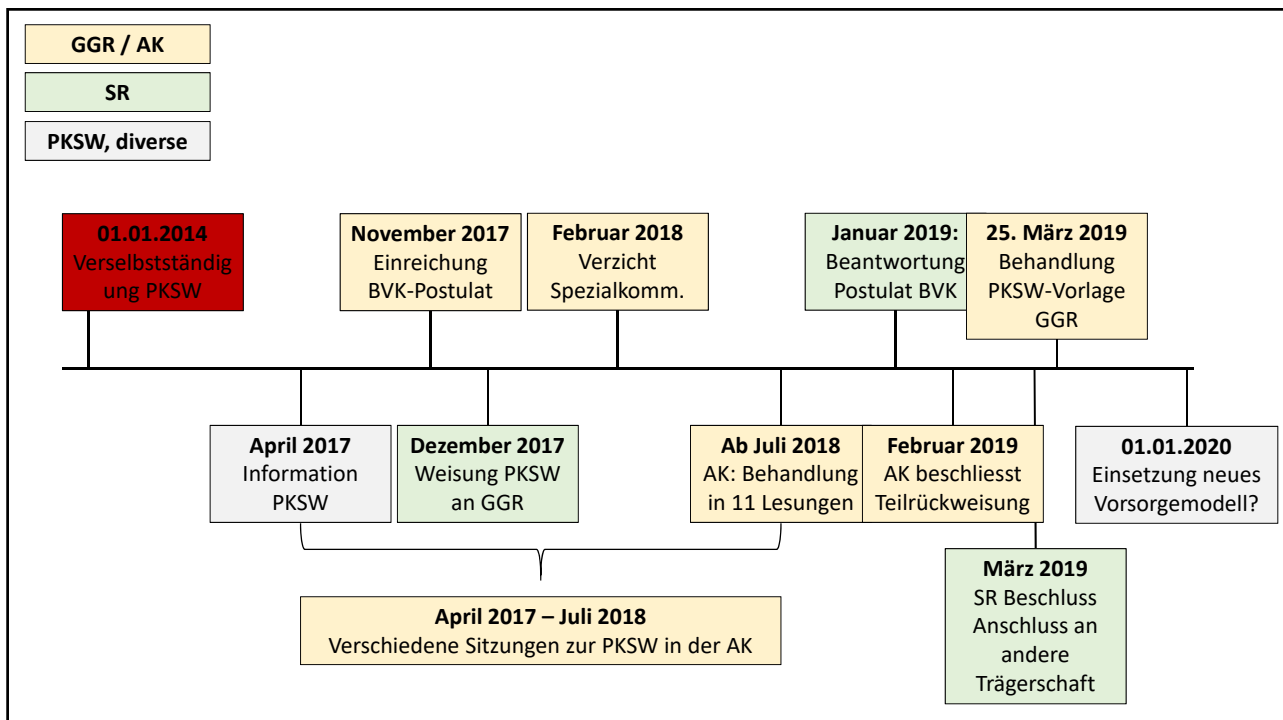
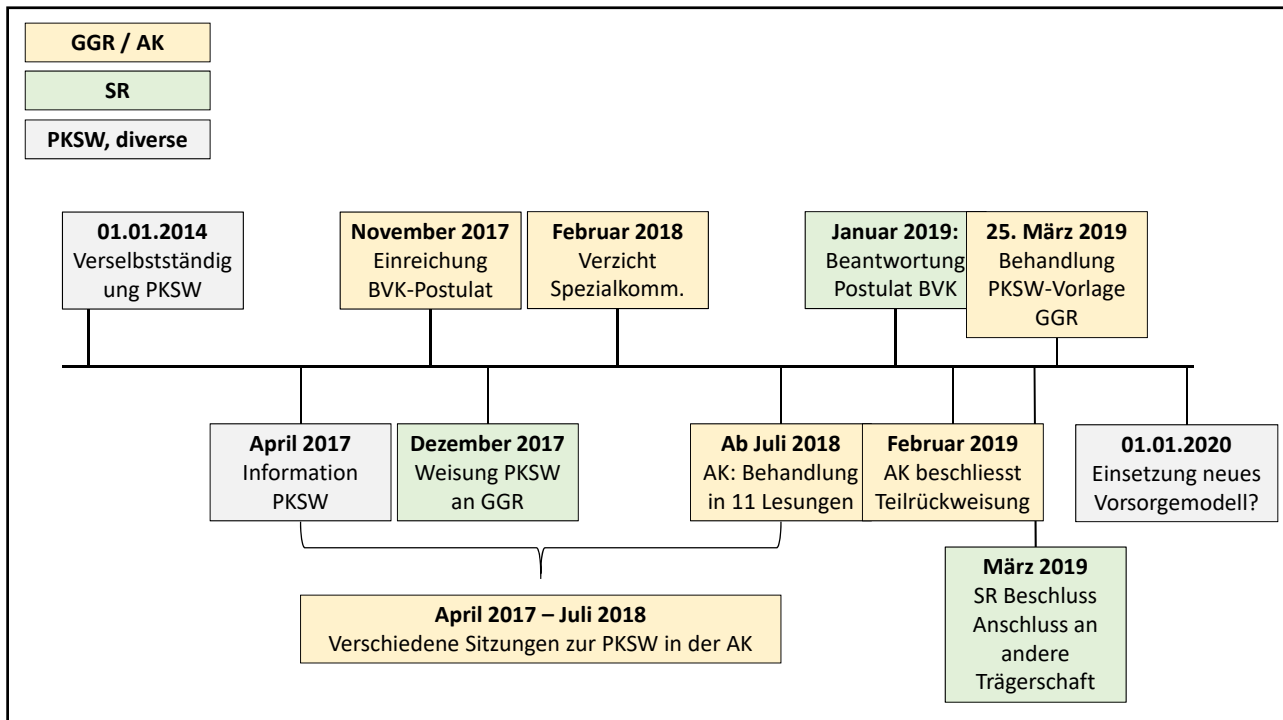
W 2017.164

Kredit von CHF 144 Mio.

1. Nachtrag der Verordnung
über die PKSW vom 25.02.2013

Vorstellung Weisung und Beratung AK

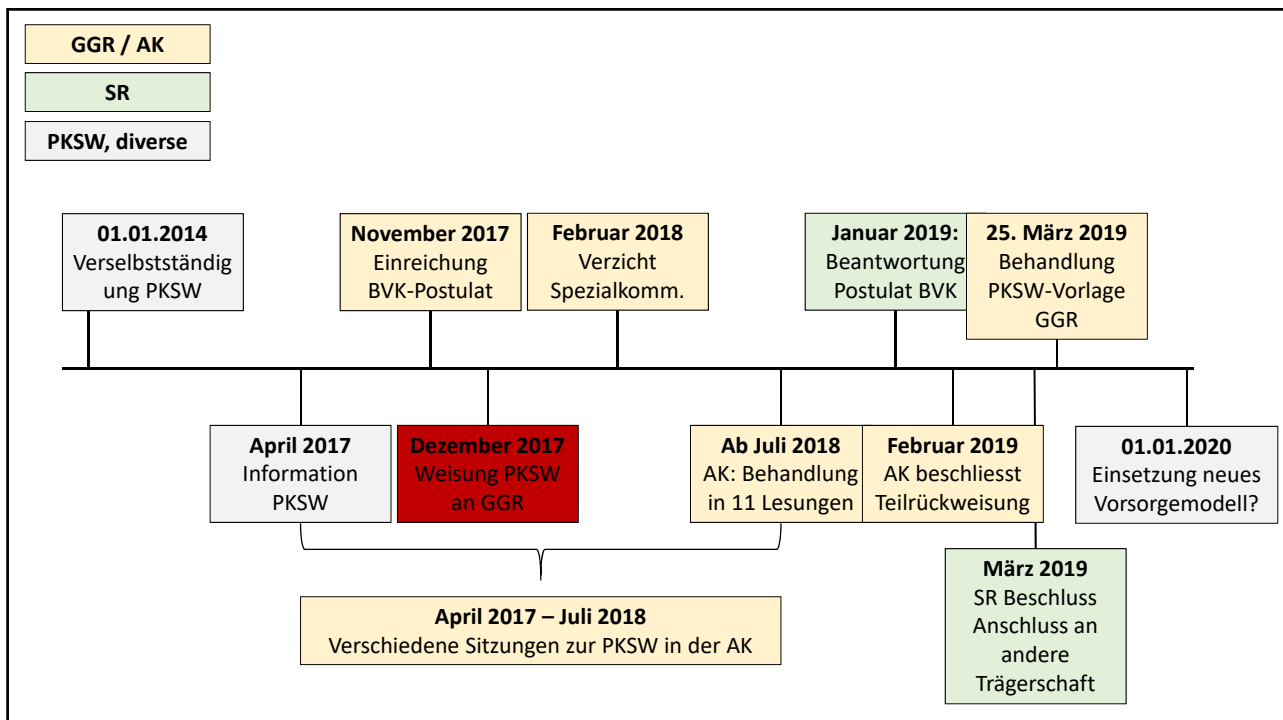
1. Vorgeschichte
2. Weisung und Beratung in der Aufsichtskommission
3. Beschluss und Anträge der Aufsichtskommission
4. Ausblick



Verselbstständigung PKSW

1. Januar 2014: Zwingende Verselbstständigung der PKSW

- Modell der Vollkapitalisierung
- Verschiedene Massnahmen zur Sanierung der Unterdeckung → Ziel: Unterdeckung bis 2020 beheben
 - Einmaleinlage Stadt Winterthur von 174 Mio (100 Mio HRM2)
 - Sanierungsbeiträge AG und AN
 - Umwandlungssatz Schrittweise über 6 Jahre auf 6% senken
- Schlechte strukturelle Risikofähigkeit



Weisung 2017.164

Anträge Stiftungsrat und SR zur PKSW

1. Bewilligung eines Kredits von CHF 144 Mio.

- Übernahme Fehlbetrag per 31.12.2019, aufgrund Aufwertung des Vorsorgekapitals der Rentenbeziehenden entstanden
- Rückzahlung der Annuitätenschuld in jährlichen Raten innert zehn Jahren an PKSW (Zinssatz 2.25%)

2. Änderung der Verordnung über die Pensionskasse mit einem ersten Nachtrag

Art. 9 Abs. 2, neu ab 01.01.2020:

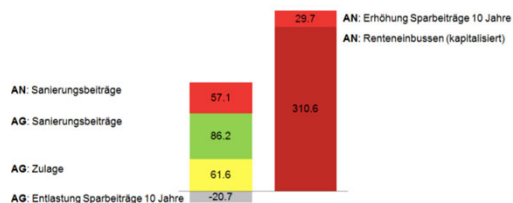
- Höhe der Sparbeiträge richtet sich nach Tabelle im Anhang A
- Stiftungsrat ist ermächtigt
- Der Anhang A, Spargutschriften und Beiträge, wird geändert und lautet neu wie im Anhang 1 dieser Weisung

3. Zustimmung Ziffern 1 und 3 – Der Stadtrat ist ermächtigt die Restschuld mittels Einmalzahlung vorzeitig zu tilgen

Sanierungsmodelle

Modell 1:

Sanierung durch Sanierungsbeiträge

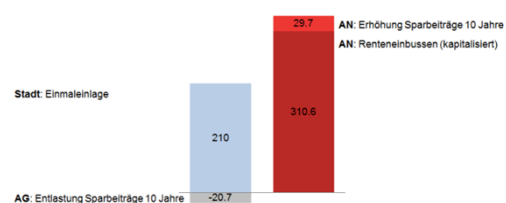


2.55 % durch Arbeitnehmer Fr. 5.71 Mio.
3.85 % durch Arbeitgeber Fr. 8.62 Mio.
2.75 % durch Arbeitgeberzulage Fr. 6.16 Mio.
über 10 Jahre Fr. 20.49 Mio. = Fr. 204.9 Mio.

Verzinsung (10 Jahre) Sanierungsbeiträge AG (Fr. 147,8 Mio.) Fr. 3,8 Mio.
Beitrag Angeschlossene und deren Arbeitgeber über 10 Jahre Fr. 6,3 Mio.

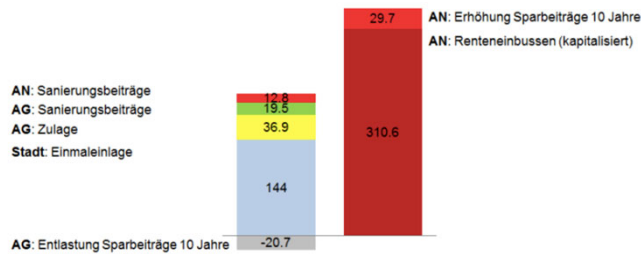
Modell 2:

Einmaleinlage

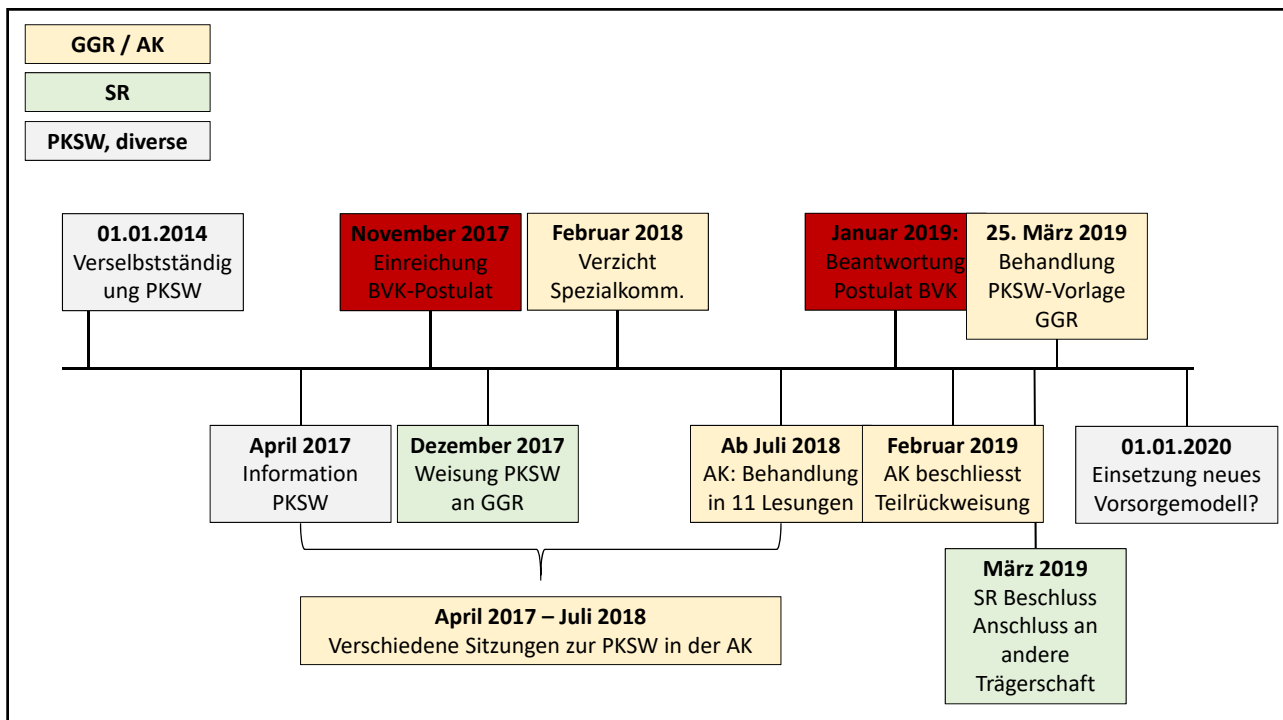


Annuitätenmodell	10 Jahre
Vereinbarter Zins 2.25 %	Fr. 26.0Mio.
Marktzins (Refinanzierungskosten) 0.5 %	Fr. 4.7Mio.
Total Zinskosten	Fr. 30.7Mio.
Zuzüglich Kapital	Fr. 210.0 Mio.
Total	Fr. 240.7 Mio.

Sanierungsmodelle: Modell 3 - Vorschlag SR



Annuitätenmodell 144 Mio.	10 Jahre
Vereinbarter Zins 2.25 %.	Fr. 17.8 Mio.
Marktzins (Refinanzierungskosten) 0.5%	Fr. 3.2 Mio.
Total Zinskosten	Fr. 21.0 Mio.
Zuzüglich Kapital	Fr. 144.0 Mio.
Total	Fr. 165.0 Mio.



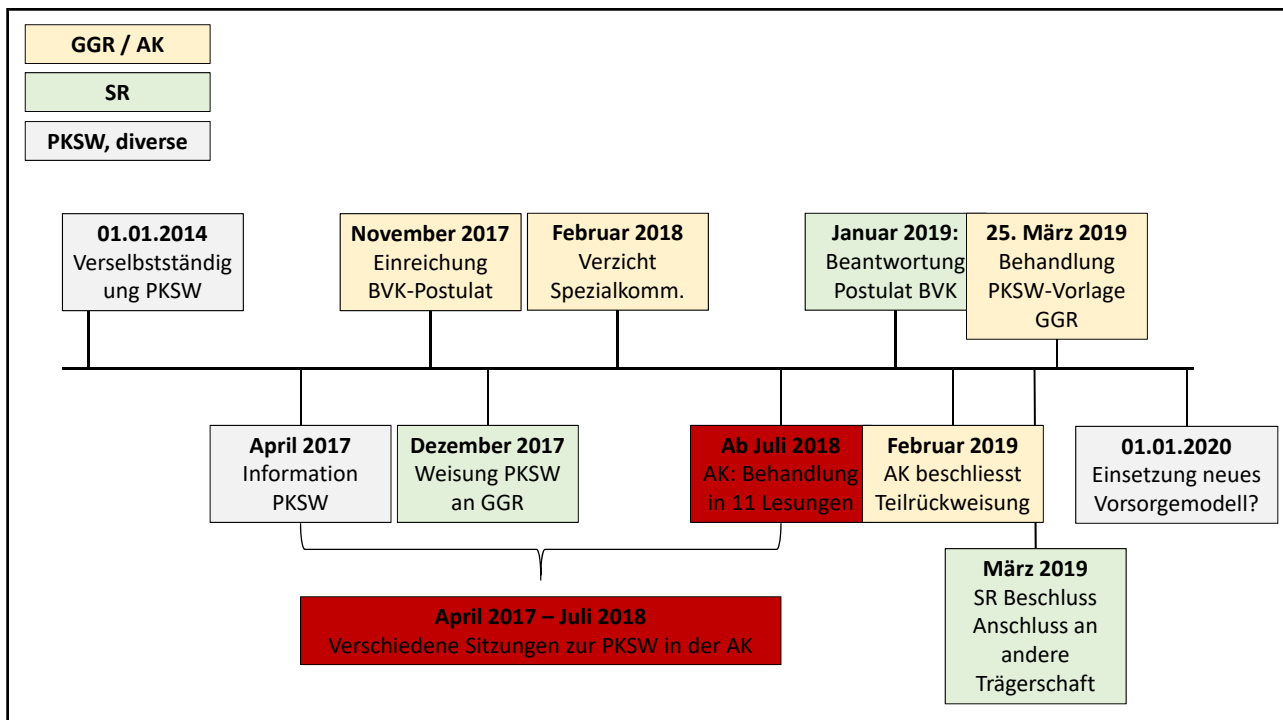
2017.144: Anschluss BVK Postulat und Beantwortung

Postulat (GLP/pp, SVP, FDP)

Der Stadtrat wird beauftragt, im Rahmen einer einzuholenden Offerte die Vor- und Nachteile einer Eingliederung der Pensionskasse Winterthur (PKSW) in die Beamtenversicherungskasse (BVK) zu prüfen.

Antwort SR

- Offerte: Stand 31.12.2017
- Kosten: 216.4 Mio
- Tatsächliche Kosten: Zeitpunkt Übernahme entscheidend
- Volksabstimmung und Zustimmung AN Voraussetzung
- Submissionsrecht?

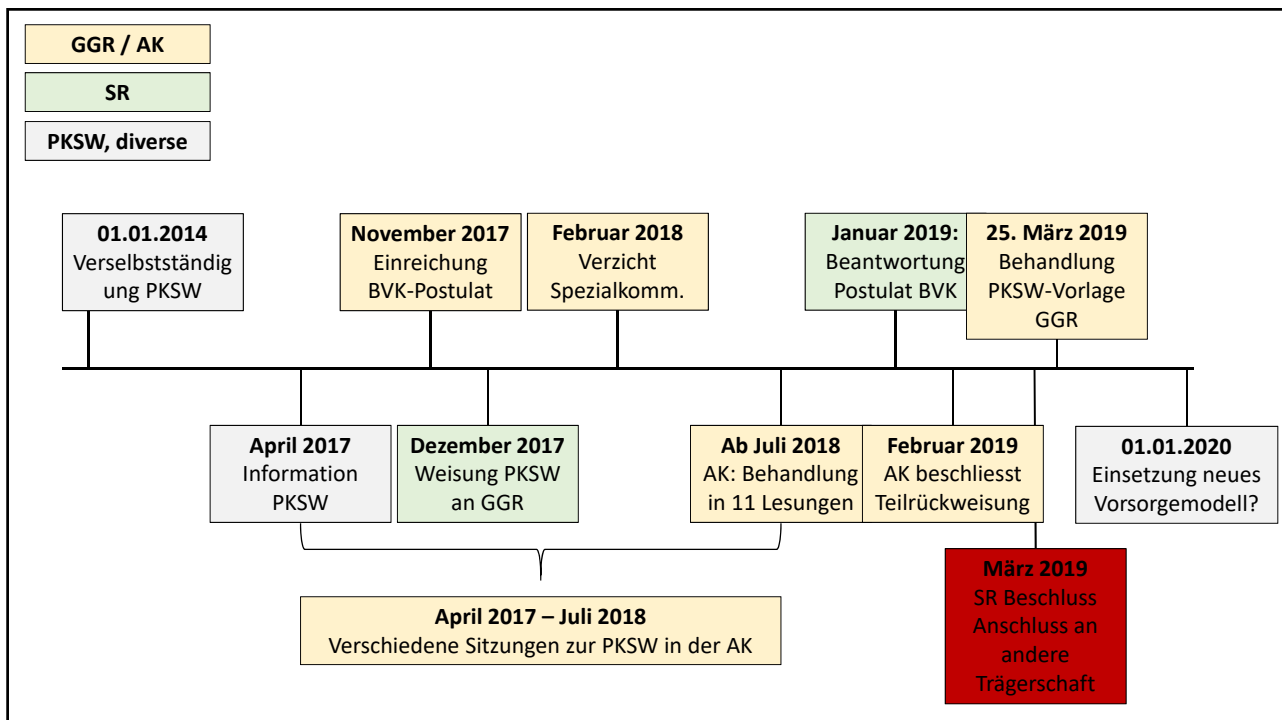


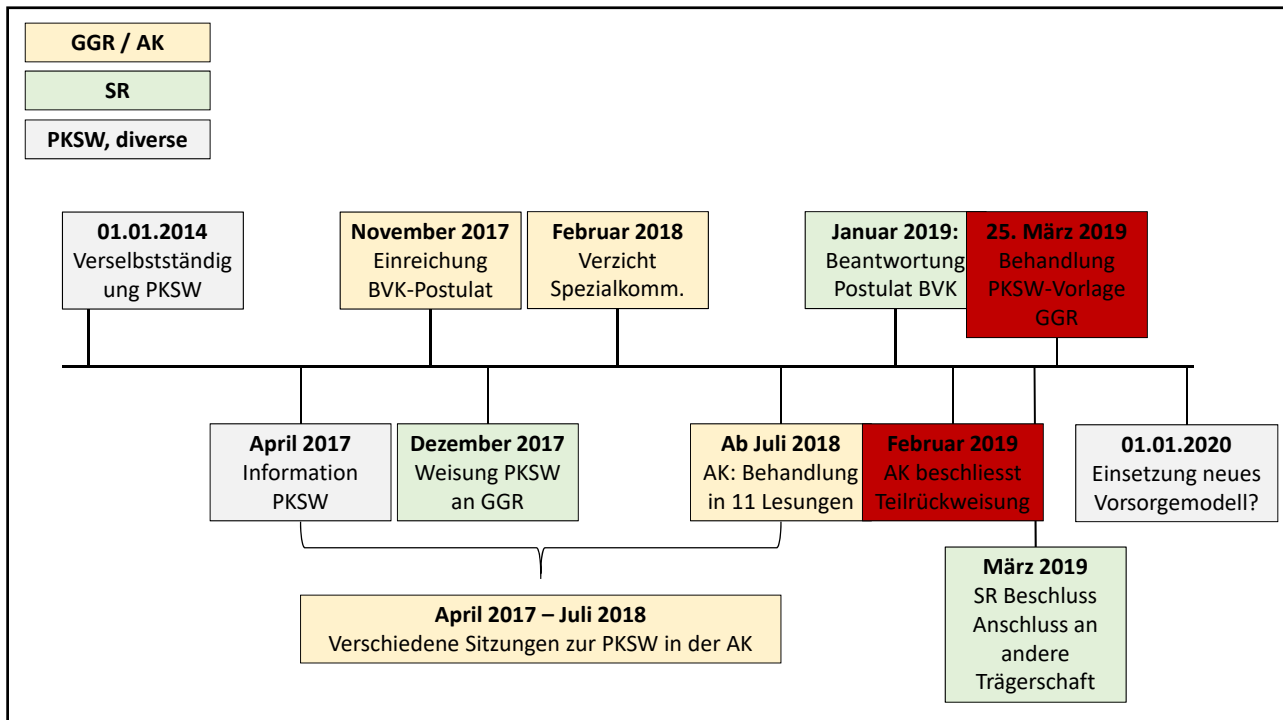
AK: Behandlung von Weisung und Postulat

- 11 Lesungen
- Anhörung Stiftungsrat PKSW, SR, Expert*innen
- Neutrale 2. Meinung
- Lesung aller relevanten Dokumente

Diskussion:

- Höhe Sanierungsbeitrag Stadt
- Beteiligungen Stadt, AN
- Möglichkeiten Sanierungsmassnahmen





Beschlussfassung AK

Antrag Aufsichtskommission:

- Ziffer 1 und 3 werden an den Stadtrat zur Unterbreitung eines neuen Kreditantrags zurückgewiesen verbunden mit folgenden Aufträgen
 - Integration der PKSW in eine andere Trägerschaft
 - Abklärung, wie bei einer Integration in eine andere Trägerschaft eine angemessene Beteiligung der AN am Einkaufsbeitrag zu vollziehen ist
 - Darlegung, wie Kompensationsmassnahmen ausgestaltet werden können und wie hoch die damit verbundenen Mehrkosten sind
- Der SR wird aufgefordert, sich beim Stiftungsrat der PKSW dafür einzusetzen, dass
 - Sanierung bis zum neuen Kreditantrag mit bestehenden Instrumenten fortgeführt wird
 - Umwandlungssatz auf frühestmöglichem Zeitpunkt gesenkt wird

Beschlussfassung AK

Antrag Aufsichtskommission:

- Ziffer 2: erster Nachtrag der Verordnung über die PKSW
 - Antrag des SR wird mit folgendem Zusatz ergänzt:
 „Für Personal, welches erst nach dem 01.01.2020 neu in den Dienst eines AG tritt, greift keine Besitzstandswahrung für Jahrgänge 1975 und älter“

